

Liberales Manifest
der F.D.P.-Länderverbände der DDR

„Zukunftschance Freiheit“

(Beraten auf dem Gründungsparteitag
in Berlin am 4. Februar 1990)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-2530
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-122

F.D.P.
Die Liberalen

LIBERALES MANIFEST
der F.D.P.-Länderverbände
der DDR

ZUKUNFTSCHANCE FREIHEIT

Liberales Manifest der F.D.P.-Länderverbände der DDR

(beraten auf dem Gründungsparteitag der F.D.P. am 4.2.1990 in Berlin)

I. FREIHEIT IST UNSER AUFTRAG

Unser Land steht vor der großen Herausforderung: Dem Weg in die Demokratie unter den Bedingungen der industriellen Revolution. Noch scheint dieser Weg versperrt durch das Erbe überlebter Gesellschaftsstrukturen.

Gegen alle Zukunftsängste setzen die Liberalen das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten. Nie zuvor waren die Möglichkeiten für eine Zukunft mit mehr persönlicher Freiheit größer als heute. Doch unsere Gesellschaft steckt in einer Krise der Institutionen und Wertorientierungen. Der Einzelne steht vor den Scherben einer Politik, die das Glück der Menschen durch Gleichmacherei zu erzwingen suchte, damit die Entfaltung der Individualität mündiger Bürger bis zur Unverträglichkeit einschränkte und Millionen in die Flucht in den Westen trieb und immer noch treibt.

Die etablierten Parteien der DDR, aber auch ein Teil der oppositionellen Parteien und Gruppierungen, sehen den Ausweg aus dieser Situation in einer "erneuerten DDR", einem Konglomerat aus Sozialismus und Marktwirtschaft. Dafür gibt es in der Welt kein funktionierendes Vorbild. Eine Vereinigung des deutschen Volkes auf dem Gebiet der DDR und Bundesrepublik Deutschland wird erst an das vermeintlich erfolgreiche Ende einer solchen Entwicklung gestellt.

Wir Liberalen wollen eine Politik, die den einzelnen in den Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellt und die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Bürgers verwirklicht. Eine Politik, die alles Heil zuerst im Staat sucht, kann die Zukunft nicht bewältigen.

Wir machen Ernst mit dem Kampf gegen Bürokratie, Bevormundung, Vorurteile und Gängelerei, gegen die Freiheitsverweigerung von rechts und links, gegen konservatives und sozialistisches Ordnungs- und Planungsdenken.

Nur eine konsequente Politik für die Freiheit des einzelnen sorgt auch für die Freiheit der vielen. Wer selbst wirklich frei ist, wird den notwendigen Respekt

vor der Freiheit der anderen entwickeln, wird zu einer aktiven Toleranz fähig, die nicht nur leben läßt, sondern durch eigenes Handeln zur Beseitigung von Bevormundung und Abhängigkeiten, zum Abbau von Vorurteilen und zur gleichberechtigten Teilhabe aller beiträgt.

Wir sagen dem Bürger: Es gibt keine Freiheit ohne Bindung. Persönliche Freiheit und soziale Verantwortung sind untrennbar. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen. Die Freiheit des einzelnen ist gerade in der heutigen Zeit des Strukturwandels und der großen technischen Neuerungen der Ausgangspunkt dafür, daß unsere Gesellschaft sich frei, offen und solidarisch entwickeln kann. Nur wenn sich Leistung für den einzelnen lohnt, kann die soziale Sicherheit für alle finanziert werden.

Die Liberalen sind es, die den Rechtsstaat am besten verteidigen und weiter entwickeln können. Nach Jahrzehnten einer das Individuum verachtender Diktatur ist die Wächterstellung der Liberalen der Schlüssel zu einer demokratischen Zukunft, sonst bleiben die Bürgerrechte auf der Strecke, sonst werden Bürger und Freiheitsrechte Sozialutopien oder autoritärem Staatsdenken geopfert.

Mit diesem gesellschaftspolitischen Manifest knüpft die F.D.P. an die Freiburger Thesen ihrer Schwesterpartei in der Bundesrepublik Deutschland von 1971 an - das Programm größtmöglicher Freiheit des einzelnen Menschen, seiner Würde und Selbstbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - und gibt liberale Antworten auf neue Herausforderungen.

Der Staat wird sowohl als Garant der individuellen Freiheit als auch der Gerechtigkeit im Sinne eines freiheitlichen Sozialstaates verstanden. Der einzelne ist nicht nur als isoliertes Individuum, sondern zugleich in seiner Identität zu sehen.

Wir rufen alle dazu auf, mit uns gemeinsam für mehr Freiheit und mehr Lebenschancen, für den inneren und den äußeren Frieden in unserem Land zu kämpfen - denn ohne Frieden ist alles nichts. Die Zukunft ist nicht unabänderlich, wir können und wir wollen sie im liberalen Sinn gestalten.

Ein friedliches, vereintes Deutschland im Herzen Europas kann eine Pionierrolle

beim Abbau internationaler Spannungen und bei der Schaffung einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung leisten und damit die moralische Schuld der Vergangenheit als Verursacher zweier Weltkriege bei den Völkern der Welt abtragen.

II. CHANCEN UND GEFAHREN UNSERER ZUKUNFT

Viele Spekulationen bestimmen das Denken über unsere Zukunft. Optimistischen Zukunftsbildern stehen zahllose düstere Visionen gegenüber. Viele Voraussagen leiden darunter, daß sie den gestaltenden menschlichen Eingriff vernachlässigen und häufig nur schematische Fortschreibungen der Gegenwart darstellen.

Die schnellen wissenschaftlichen-technischen Entwicklungen verändern Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend. Sie schaffen neue Wirtschaftsstrukturen und ermöglichen immer effizientere und arbeitskraftsparendere Produktionsverfahren, die zugleich rohstoff- und umweltschonender sind. Der internationale Wettbewerb zwingt zu immer neuen technologischen Spitzenleistungen. Die vermeintlichen und tatsächlichen Gefahren moderner Technologien lösen Zukunftsängste aus. Die Beherrschbarkeit heutiger und künftiger Technik und ihre ethischen Dimensionen werden zu zentralen Herausforderung und zum Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion.

Die Arbeit und ihre Bedeutung im Leben der Menschen wandelt sich. Die technische Entwicklung verändert die Arbeit in Zeit, Inhalt und Abläufen. Die Chancen für eine individuellere Gestaltung der Arbeit werden größer. Gleichzeitig wird die starre Trennung von Lernen, Arbeit und Ruhestand immer weniger den menschlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht. Die Menschen wollen sich zunehmend auch außerhalb des Arbeitslebens verwirklichen.

Die sozialen Strukturen verändern sich durch die schnelle Entwicklung der Produktions- und Informationstechniken und durch den Bewußtseinswandel. Die Gefahren der Vereinsamung, der Bevormundung und des Mißbrauchs sind größer geworden. Der Bedeutungsverlust herkömmlicher sozialer Bindungen sowie wachsender Gruppenegoismus sind Ursachen für die Abnahme zwischenmenschlicher Kommunikation, für Einsamkeit und Vereinzelung. Werte wie Liebe, Mitleid, Zuwendung, Toleranz und gegenseitige Achtung können geschwächt werden, Aggressivität, Vorteilsdenken und Mutlosigkeit hingegen an Bedeutung gewinnen.

Trotz wachsender Anstrengungen im Umweltschutz besteht die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weiter. Das steigende Umweltbewußtsein führt dazu, daß die Menschen auch im persönlichen Bereich ihr Verhalten ändern. Die Bereitschaft wächst, sich für praktische Verbesserungen der Umwelt persönlich einzusetzen. Der Mensch begreift sich immer mehr als ein Teil der Natur und erkennt immer stärker die komplexen Vernetzungen in unserer Umwelt. Aber zugleich stößt der einzelne wie der nationale Staat zunehmend an die Grenzen der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Regionale und weltweite, soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern, aber vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nehmen zu. Wetttrüsten und eine hohe Auslandsverschuldung gefährden die Entwicklungsländer ebenso wie Europa. Kriege, Bevölkerungsexplosionen, Hungerkrisen und ökologische Fehlentscheidungen in der Dritten Welt ebenso wie Verteilungskonflikte in Entwicklungsländern und zwischen den armen und reichen Ländern berühren uns immer mehr und verlangen ein Udenken auch in den Industrieländern.

Diese Herausforderungen können nur von aktiven, veränderungsbereiten und offenen Gesellschaften bewältigt werden.

III. MEHR FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSKREISEN

Wir müssen die politischen Voraussetzungen für den Übergang von einer sozialistischen Gesellschaft der Bevormundung zu einer am Wohl des einzelnen orientierten und dezentralisierten Gemeinschaft schaffen. In ihr hat der einzelne den Freiraum zur sinnvollen Lebensgestaltung, zur Selbsthilfe, zur Nachbarschaftshilfe, zur Eigenverantwortung und Mitsprache. Die Liberalen fordern zum Mut auf, die Vernunft zu gebrauchen, zum Mut, sich der Zukunft zu stellen. Der Angst vor dem Fortschritt, dem Zögern und Zaudern und dem Wunsch nach Schutz durch einen allmächtigen Staat setzen wir eine Gesellschaft aktiver Bürger entgegen, die die Gestaltung des eigenen Lebens und der Gesellschaft selbstbewußt in die Hand nehmen.

Freiheit ist nie endgültig sicher. Sie ist immer wieder und überall neu zu erstreiten und zu sichern. Das gilt gerade für eine Gesellschaft, die erst durch eine friedliche Revolution einen auf Unterdrückung, Gleichmacherei und Bevormun-

dung aufgerichteten Staats- und Parteiapparat niederringen mußte. Wir wollen die größtmögliche Freiheit des einzelnen und die daraus erwachsende Verantwortung für die Gesellschaft. Deshalb gehen wir bei unseren politischen Antworten von den Lebenskreisen des einzelnen aus:

- seiner Persönlichkeit,
- seiner Beziehung zur Natur,
- seinen Tätigkeiten,
- seinem sozialen Umfeld und
- seiner Stellung gegenüber Institutionen und Staat.

Die Freiheit des einzelnen hat dort ihre Grenzen, wo die Freiheit anderer beeinträchtigt wird.

Libérale Politik will Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebenskreisen - denn Freiheit ist unteilbar.

1. DER EINZELNE UND SEINE PERSÖNLICHKEIT

Jeder Mensch braucht einen unverletzbaren privaten Bereich, den er selbständig gestalten kann.

Der einzelne braucht Gemeinschaft, aber auch eine geschützte Privatsphäre. Sein persönlicher Freiraum muß gegen die Bevormundung und Einmischung des Staates und gesellschaftlicher Gruppen gesichert und ausgebaut werden. Deshalb müssen die klassischen liberalen Grund- und Menschenrechte in einer Verfassung festgeschrieben und ihre Einhaltung durch eine unabhängige Rechtssprechung überwacht werden.

Der einzelne muß sich frei und unüberwacht bewegen können. Dem Druck zur Uniformität setzen die Liberalen das Recht auf Individualität entgegen. Jeder muß seine Lebensweise frei und ohne Diskriminierung wählen können. Nicht der Staat, nicht eine Partei, sondern die Bürger selbst sollen ihr Leben gestalten, um so in persönlichen, frei gewählten Bindungen ihre Lebenschancen wahrnehmen und zur Entwicklung des Gemeinwesens beitragen können.

Die Fortentwicklung der Medien soll mehr Kommunikation und Meinungsvielfalt bringen. Wir wollen weder Medienmonopole noch dem Staat oder einer Partei hörige Medien.

Nicht der Staat, sondern der einzelne Bürger soll entscheiden, was er sehen, hören und lesen will. Der Medienbereich ist deshalb von staatlichen Ge- und Verboten, aber auch vom Einfluß politischer Parteien möglichst weitgehend freizuhalten.

Notwendig sind Rahmenbedingungen, die ein Gleichgewicht zwischen freier Presse, öffentlichen Anstalten, aber auch privaten Anbietern herstellen. Medienvielfalt wird Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des einzelnen stärken und mehr Mitwirkungschancen schaffen.

Menschenverachtende Darstellungen und politische Einseitigkeit müssen vor allem durch Selbstkontrolle in den verschiedenen Medienbereichen bekämpft werden, die viel wirksamer als der Staat für einen ethischen Mindestrahmen sorgen kann.

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit muß durch Vielfalt in der Bildung und gerechte Chancen zur Entwicklung individueller Neigungen und Begabungen unterstützt werden.

Bildung ist ein Wert für sich. Sie ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Nicht nur formale Wissensvermittlung und Ausbildung, sondern ebenso Erziehung zur Freiheit, Toleranz und Selbstverantwortung, zu Kreativität und demokratischem Verhalten ist das liberale Bildungsziel. Indoktrination hat in einem freiheitlichen Bildungssystem keinen Platz.

Das Bildungswesen braucht den freien Wettbewerb der Ideen. Wir wollen Chancen auch für freie Bildungsträger.

Die Gängelung in Schulen und Hochschulen muß abgebaut und die Selbstbestimmung der Eltern, Lehrenden und Lernenden verbessert werden. Der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen muß gewährleistet sein. Eine fachlich qualifizierte Ausbildung und die Befähigung des einzelnen, sein Leben und seine Umwelt aktiv mitzugestalten, sind Ziele der Liberalen.

Für die Liberalen sind Breiten- und Hochbegabungsförderung unerläßlich. Chancengleichheit heißt gleiche Chancen am Start, nicht Garantie der Erfolgsgleichheit am Ziel. Angesichts des Vordringens neuer Technologien muß für jeden die Chance eröffnet werden, an einer qualifizierten, allgemeinen beruflichen und innerbetrieblichen Weiterbildung teilzunehmen.

Zur Aufholung des technologischen Rückstands und als Voraussetzung für den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft sind dazu umfassende neue Möglichkeiten zu erschließen.

Wir wollen mehr Freiheit für die Kultur.

Der liberale Staat enthält sich jeder Bevormundung und greift nicht zensierend in das Kunst- und Kulturleben ein. Er gibt Raum für neuartige und experimentelle Kulturformen. Er unterstützt die freie Initiative auch außerhalb staatlicher Kultureinrichtungen. Kunst und Kultur gewinnen zunehmend an Bedeutung für Lebenserfüllung und Selbstfindung - auch in neuen Formen außerhalb traditionellen Kulturbegriffes. Liberale werden dazu beitragen, daß die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur weiter verbessert werden.

2. DER EINZELNE UND SEINE UMWELT

Mehr Aufklärung und Mitgestaltung des einzelnen, aber auch vorbildliches Handeln des Staates müssen bewirken, daß sich die Menschen als Teil der Natur verstehen.

Nicht nur der Staat und die Wirtschaft, sondern auch der einzelne Bürger steht in der ökologischen Verantwortung. Er muß davon überzeugt werden, daß eine funktionsfähige Natur Voraussetzung für menschliches Leben und Überleben ist. Denn nur dann werden aus eigenem Antrieb die notwendigen Verhaltensänderungen vorgenommen, die kein Staat mit Ge- und Verboten im erforderlichen Umfang bewirken könnte.

Ökologische Zielsetzungen und Inhalte des Umweltschutzes sind in den Unterricht der Schulen aufzunehmen. Die Umweltfreundlichkeit von Produkten ist in den Vordergrund zu stellen. Staatliche Stellen müssen durch vorbildliches Umweltverhalten zum Bewußtseinswandel beitragen. Vor jeder die Natur betreffenden Verwal-

tungsentscheidung ist deren Umweltverträglichkeit zu prüfen. Mehr Umweltschutz ist außerdem durch europäische Zusammenarbeit zu sichern.

Die Umweltzerstörung muß auch durch eine ökologisch und sozial verpflichtete Marktwirtschaft bekämpft werden.

Grundsatz für das Wirtschaften der Zukunft muß sein, die Umwelt nicht über die Grenze der natürlichen Regenerationsfähigkeit zu beeinträchtigen oder diese zumindest durch direkte Kompensationsmaßnahmen wiederherzustellen. Umweltgüter wie reine Luft, sauberes Wasser, gesunder Boden und unzerstörte Landschaft sind als knappe Güter zu betrachten. Ihre Nutzung muß in unserem Wirtschaftssystem zum Kostenfaktor werden.

Strenge staatliche Umweltvorschriften und ihre konsequente Überwachung sind angesichts der großen Umweltsünden in unserem Land unerläßlich. Der Staat darf sich nicht länger als umweltpolitisches Abbruchunternehmen verstehen. Wer gegen Umweltvorschriften verstößt, wer Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen betreibt, muß bestraft werden. Das gilt für staatliche ebenso wie für private Unternehmen.

Vom Staat müssen Richtwerte für den Schutz der Umwelt im voraus bestimmt und stufenweise als Zielvorgabe für die notwendigen Maßnahmen und Entwicklungen festgesetzt werden. Die zur Einhaltung der Grenzwerte erforderlichen Maßnahmen und technische Entwicklungen sind durch steuerliche Anreize zu fördern. Dezentrale Lösungen von Umweltproblemen ist der Vorzug zu geben, sofern sie ökologisch wirksamer und wirtschaftlich vertretbar sind.

Aber der Staat allein kann einen schonenden Umgang mit der Umwelt nicht sicherstellen. Auch die Bürger müssen aktiv an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen mitarbeiten.

Der Umweltschutz braucht deshalb Marktwirtschaft. Unsere Umweltpolitik bietet zu wenig ökonomische Anreize, pfleglich und sparsam mit der Natur umzugehen. Dazu gehören konsequente Anwendung von Verursacherprinzip und Vorsorgegrundsatz sowie neue marktwirtschaftliche Instrumente wie z.B. Kompensationslösungen, Branchenabkommen oder bestimmte Formen von Emissionsabgaben.

Die technische Weiterentwicklung muß in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden.

Technische Entwicklungen haben viele Umweltprobleme geschaffen. Aber nur mit technischer Weiterentwicklung werden wir sie lösen können und zugleich neue Arbeitsplätze schaffen.

Verantwortungsbewußt angewandt, bietet die Gen- und Biotechnik eine neue Chance für umweltfreundliche und rohstoffschonende Produktionsverfahren. Sie zeigt neue Wege für Schadstoffverringerung, -aufbereitung und -abbau auf.

Wer auf den technischen Fortschritt verzichten will, schadet dem Umweltschutz. Eine moderne Forschungs- und Technologiepolitik ist Voraussetzung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie muß den Transfer von Forschungsergebnissen verbessern, für verantwortliche Berücksichtigung der Folgen und ökologischen Risiken technischer Entwicklungen sorgen sowie die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken vorantreiben.

3. DER EINZELNE UND SEINE TÄTIGKEITEN

Die neuen Techniken müssen das starre Arbeitsleben überwinden helfen, damit der einzelne Erwerbstätigkeit, Eigenleistung, soziales Engagement und Zeiten der Muße stärker nach seinen eigenen Wünschen gestalten kann.

Neue Kommunikations- und Produktionstechniken bieten Chancen zu mehr Kreativität und Selbstbestimmung im Arbeitsleben und damit für sinnvolle Tätigkeiten. Voraussetzung ist aber, daß sie mehr als bisher auf die individuellen Fähigkeiten des Arbeitenden abgestellt werden.

Die damit verbundene Möglichkeit eines individuellen Zuschnitts der Arbeit soll eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben in Beruf und Familie erleichtern. Sozial- und arbeitsrechtliche Vorschriften dürfen Teilzeitarbeit nicht erschweren. Wir fordern den Ausbau der Mitwirkungsrechte, um der neuen Arbeitsorganisation Rechnung zu tragen. Aber auch insgesamt muß die Mitbestimmung verbessert werden. Unabhängige, frei gewählte Gewerkschaften müssen die Interessen

der Beschäftigten im Betrieb wahrnehmen und nicht als Sprachrohr oder Transmissionsriemen des Staates oder einer Partei dienen. Der Bürger will auch als Arbeitnehmer sein Leben mitgestalten und auf betriebliche Entscheidungsprozesse Einfluß nehmen. Wirtschaftliche Mitbeteiligung und Vermögensbildung soll die Verantwortung und Unabhängigkeit des Einzelnen zusätzlich stärken.

Beim Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ist es unausweichlich, daß aus der bisher verdeckten Arbeitslosigkeit eine sichtbare Arbeitslosigkeit wird und anstelle des Gehaltes beziehungsweise Lohnes ohne entsprechende Leistung eine Arbeitslosenunterstützung tritt.

Arbeitslosigkeit bedroht jedoch die Freiheit des einzelnen und die demokratische und soziale Stabilität. Sie muß durch konsequente marktwirtschaftliche Politik bekämpft werden.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist nicht allein ein individuelles Problem der Arbeitslosen, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft. Das Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl von Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen ist gefordert. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit sind verschiedene Maßnahmen notwendig. Die Arbeitslosigkeit kann dauerhaft nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung überwunden werden. In der Marktwirtschaft entfalten sich die dynamischen Kräfte der Gesellschaft am wirkungsvollsten. Individuelle Freiheit und wirtschaftlicher Fortschritt werden so gleichermaßen verwirklicht.

Durch eine weitere Verbesserung der Investitionsbedingungen, insbesondere für private Unternehmer, muß die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und der Markt zum Maßstab wirtschaftlicher Entscheidungen werden. Dazu müssen wir die Subventionen zurückführen, bisher vom Staat vorgenommene wirtschaftliche Tätigkeiten privatisieren und generell die Bürokratie eindämmen. Leistung muß sich lohnen. Gute Arbeit muß gutes Geld einbringen.

Eine innovative Mittelstandspolitik muß neue Arbeitsplätze in kleinen und mittleren privaten Unternehmen schaffen. Der Weg in die Selbständigkeit muß erleichtert werden.

Unsere Gesellschaft gibt dem einzelnen umso mehr Freiraum, je vielfältiger sie ist, je unabhängiger die Entscheidungszentren sind, je mehr Mittel- und Kleinbe-

triebe und selbständige Existenzen es gibt. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Industrie und Handel sowie die in freien Berufen Tätigen beweisen Bereitschaft zu Innovation und zum Risiko und schaffen viele neue Arbeitsplätze.

Zur Sicherung wettbewerbsfähiger Strukturen in der Wirtschaft müssen Konzentrationsprozesse, die den einzelnen in seiner Existenz bedrohen, vermieden werden. Eine liberale Mittelstandspolitik ist auf die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittlere Unternehmen bedacht. Die Großindustrie darf nicht bevorzugt, alle wirtschaftlich Tätigen sollen gleichbehandelt werden.

Wir fordern eine grundlegende Erneuerung des leistungsfeindlichen Steuerrechts und mehr Existenzgründungshilfen.

Der technische Fortschritt, eine längere Lebenserwartung und kürzere Arbeitszeit erfordern die Überwindung der strikten Trennung der Lebensabschnitte in Ausbildung, Arbeitsleben und Ruhestand.

Der Strukturwandel kann nur mit der Bereitschaft zu lebenslanger Weiterbildung innerhalb des Berufs, durch Umschulung und Mobilität bei der Arbeitsplatzwahl bewältigt werden. Teilzeitarbeit und arbeitsfreie Jahre schaffen die Voraussetzung dafür. Im Beruf wie in Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen Weiterbildungsangebote gerade für zukunftssträchtige Tätigkeiten verstärkt werden.

4. DER EINZELNE UND SEIN SOZIALES UMFELD

Freiheit bedarf einer sozialen Grundversicherung. Wir bekennen uns zur gesellschaftlichen Sicherung gegen individuelle Not. Der anonyme, allumfassende Versorgungsstaat aber lähmt die eigene Initiative und Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Wir wollen deshalb mehr Freiraum für Eigenvorsorge und Eigenverantwortung, Selbstbeteiligung und Stärkung des Versicherungsprinzips schaffen. Durch Beiträge finanzierte solche Sicherung verdient Vertrauensschutz.

Die Angleichung des Niveaus an das des Gesundheits- und Sozialwesens der Bundesrepublik Deutschland stellt eine vordringliche Aufgabe dar, da davon das Wohlbe-

finden des einzelnen wesentlich beeinflusst wird. Bei der Problematik der Pflegefälle und Altenbetreuung sind neben staatlichen Maßnahmen auch Privatinitiativen zu fördern.

Praktische Solidarität, Mitmenschlichkeit und freiwillige soziale Dienste müssen - neben dem Ausbau ambulanter professioneller Dienste - mehr Bedeutung erlangen. Mit mehr nachbarschaftlicher Sorge für ältere und kranke Mitbürger, Selbsthilfegruppen, Arbeiten in den Wohnquartieren zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Umwelt können wir das Leben aller, auch der ausländischen Mitbürger, menschlicher und freier gestalten als es durch staatliche Maßnahmen allein je möglich sein wird. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen haben möglichst darauf abzielen, sozial Abhängige wieder zur Selbständigkeit zurückzuführen.

Die freie Entscheidung des einzelnen für die Ehe oder andere Formen des Zusammenlebens muß erhalten bleiben. Die Benachteiligung von Familien mit Kindern ist abzubauen, die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zu verwirklichen.

Zu einer echten Partnerschaft gehört, daß Männer und Frauen die Aufgaben in Familie und Beruf besser als bisher miteinander teilen. Flexibilisierung von Arbeits-, Einkaufs- und Behördenzeiten sowie ganztägig geöffnete Schulen mit Freizeitangeboten und die Förderung privater Kinderbetreuungseinrichtungen sollen dies erleichtern.

Die Entscheidung für Kinder darf nicht zu einer drastischen Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen führen.

Darüber hinaus wollen wir die gesellschaftliche Anerkennung für andere Formen des Zusammenlebens. Bestehende rechtliche Diskriminierungen sind abzubauen.

Im Hinblick auf den europäischen Arbeitsmarkt von morgen müssen Jungen und Mädchen schon in den allgemeinbildenden Schulen stärker mit Fremdsprachen und den neuen Technologien vertraut gemacht werden.

Eine gerechte Altersversorgung in Renten muß für alle Bevölkerungsschichten gesichert werden. Die durch die derzeitige Gesellschaft stark benachteiligten Mindestrentner müssen wesentliche Besserstellung erfahren.

Der ältere Mensch soll eigenverantwortlich und selbständig am gesellschaftlichen

Leben teilnehmen. Eigene Initiativen und gemeinschaftliche Selbsthilfe müssen gefördert werden. Für ein aktives, geistig reges und erfülltes Alter müssen die Bildungseinrichtungen den älteren Menschen offenstehen und mehr Möglichkeiten für das Engagement in Wohnquartier und Gemeinde geschaffen werden.

5. DER EINZELNE, DER STAAT UND DIE ORGANISATIONEN

Wir wollen weniger Staat und weniger Bürokratie durch Dezentralisierung, Privatisierung, Abbau von Reglementierungen und Stärkung der Rechte der Bürger.

Der demokratische Rechtsstaat sichert die Freiheit des einzelnen. Jede staatliche Einschränkung der Freiheit bedarf der Begründung.

Aufgabe des Staates ist für Liberale die Freiheitssicherung, vor allem die Sicherung der demokratischen Regeln, der Chancengleichheit für alle, des Friedens und der inneren Ordnung. Er muß die soziale Grundsicherung derjenigen ermöglichen, die sich weder allein noch gemeinschaftlich helfen können. Andere Aufgaben sind auf den Bürger und private Organisationen zu übertragen.

In der Wirtschaft hat der Staat primär den ordnungspolitischen Rahmen für die marktwirtschaftlichen, dezentralen Abläufe zu sichern. Staatliche Wirtschaftstätigkeit, die nicht mit hoheitlichen Aufgaben begründet werden kann, ist zu privatisieren. Wirtschaftsförderungen des Staates sind konsequent von indirekten Steuervergünstigungen auf direkte Finanzhilfen umzustellen. Für Liberale gilt: nicht der Staat, sondern der Markt entscheidet darüber, wer was wo zu welchem Zeitpunkt und zu welchem Preis produziert oder kauft.

Alle vorhandenen und künftigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sind darauf zu prüfen, ob sie unbedingt notwendig, einfach anwendbar und leicht verständlich sind.

Die Mitwirkungsrechte des einzelnen in seiner direkten Umgebung müssen erweitert werden.

Unsere Forderung nach weniger Staat und mehr Verantwortung des einzelnen muß ein Ausbau der Informations- und Mitwirkungsrechte des einzelnen entsprechen. Auch

deshalb fordern wir die kommunale Selbstverwaltung.

Viele Menschen brauchen die Zusammenarbeit mit anderen, um sich gegen Stärkere in Wirtschaft und Gesellschaft behaupten zu können. Wir begrüßen Selbsthilfegruppen, das wachsende Engagement in Bürgerinitiativen, berufsständischen sowie sozialen Organisationen und wünschen die offene Leistungskonkurrenz der Verbände.

Wir brauchen klare, für alle Beteiligten verbindliche Regeln für Arbeitskämpfe, wenn möglich durch freiwillige Vereinbarungen, andernfalls durch Gesetz. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex kann zum Abbau von Einschüchterung, Gewalttätigkeit und Machtmißbrauch, insbesondere bei Arbeitskonflikten, beitragen.

Eine parlamentarische System erfordert hohe Glaubwürdigkeit der politischen Parteien. Insbesondere stehen die Politiker in der Verantwortung, sich durch Übereinstimmung zwischen ihrem Anspruch und ihrem Handeln glaubwürdig darzustellen.

Parteien brauchen praktizierte innere Demokratie, offene und kritische Diskussion unterschiedlicher Meinungen und Angebote zur Mitwirkung.

Unser Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft ist eine Absage an den Parteibuchstaat. Die F.D.P. ist die Partei des Parlamentarismus. Die ausschließliche Verantwortung des Abgeordneten gegenüber seinem Gewissen darf weder durch das imperative Mandat noch durch parlamentarische Rituale gefährdet werden. Die innere und äußere Unabhängigkeit muß zum Leitbild aller Abgeordneten werden.

So wollen wir das Vertrauen unserer Bürger, gerade auch der Jugendlichen, in eine freiheitliche demokratische Ordnung und ihre politische Mitwirkung stärken und mehr Freiheit für den einzelnen verwirklichen.

An den F.D.P.-Vorsitzenden Herrn Dr. Bruno Menzel
Ebertallee 97, 4500 Dessau

- Ich bin an weiterem Informationsmaterial der F.D.P. interessiert.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte ein persönliches Gespräch mit einem F.D.P.-Vertreter.
- Bitte senden Sie Informationsmaterial an die beigefügten Adressen (Liste liegt bei).

Vorname, Name: _____

Straße: _____